

Erhard Stölting

Angst, Aggression und die nationale Denkform. Osteuropäische Konflikte

Aus westlicher Sicht stoßen die nationalen Entwicklungen in Ostmittel- und Osteuropa häufig auf Unverständnis. Aus der Perspektive jenes Teils Europas, der sich politisch einen will, wirken der Zerfall Jugoslawiens, das drohende Auseinanderbrechen der Tschechoslowakei und alle anderen Konflikte fast anachronistisch. Bedenklichkeit gegenüber dem Nationalismus findet sich auch unter den Intellektuellen Ostmittel- und Osteuropas. Er scheint aber gegenwärtig unüberwindlich zu sein (Rupnik 1990). Sicherlich verstärken sich kulturelle Disparitäten nach dem Wegfall der Zensur. Im Westen hatten die Erfahrungen mit dem deutschen Nationalsozialismus Normen der öffentlichen Rede herstellen helfen, die offen rassistische Äußerungen oder offen feindselig nationalistische Hetze ausschlossen. Wesentliche Segmente der intellektuellen Gruppierungen Mittel- und Osteuropas haben diese Normen übernommen. Zuweilen scheinen diese Segmente aber isoliert zu sein, so daß der Eindruck entsteht, mit der bürokratisch-staatlichen Zensur seien auch einige Bestandteile der moralischen Selbstzensur eingerissen worden.

Das wird an der in vielen Ländern öffentlich recht ungenierten Diskriminierung der Sinti und Roma besonders deutlich. In den süd-osteuropäischen Ländern sind sie eine der quantitativ gewichtigsten ethnischen Minderheiten (Pearson 1983). Überall aber dauert hier ihre Diskriminierung an. Ein Grund dafür sind soziale Wandlungsprozesse. Hatten sie früher in einigen zwar gering geachteten aber gesellschaftlich nachgefragten Berufszweigen - wie der Volksmusik, dem Wanderhandwerk, bestimmten Dienstleistungen - traditionell ein Monopol, so hat sie nun der gesellschaftliche Modernisierungsprozeß funktionslos gemacht. Das steigert die Diskriminierung, der sie immer schon unterlagen, erheblich. Gerade die Bewahrung der kulturellen Identität verstärkt in dieser Situation die Angreifbarkeit, wenn der Staat nicht schützend eingreift. Ihrer traditionellen Lebensweise entsprechend drängen sie ihre Kinder nicht in die Bildungsinstitutionen oder in anspruchsvolle wirtschaftliche Nischen, die trotz einer Diskriminierung wirtschaftlichen Erfolg versprechen. Überall leiden die Sinti und Roma daher überdurchschnittlich unter Arbeitslosigkeit, Analphabetismus, Kindersterblichkeit und Krankheiten, die ihrerseits über-

durchschnittliches Elend anzeigen. In Bulgarien z.B. gab es den Volkszählungen zufolge - Zahlen wurden bis einschließlich 1956 veröffentlicht - 1880: 19 549, 1934: 81 000, 1956: 197 865 Roma. Schätzungen bulgarischer Roma-Organisationen nach sind es heute um 800 000 - fast ebenso viele wie Türken. Aber ihre politische Organisationsfähigkeit und damit ihr Pressionspotential ist weitaus geringer. Widerstandslos ließen sie sich schon in den 50er Jahren systematisch ansiedeln; noch vor den Türken wurden sie gezwungen, bulgarische Namen anzunehmen (Simonow 1990). Heute leben sie in segregierten großstädtischen Ghettos. Ihre soziale Misere spiegelt sich in dem besonders negativen Bild, das sich die Bulgaren von ihnen machen. Einer bulgarischen Umfrage zufolge hielten 89 % die Zigeuner für notorische »Diebe«, 76 % für »Zuhälter«, 75 % für »Schwarzmarkthändler«, 70 % für »Lügner« usw. (Troxel 1992). Die Situation ist in anderen Ländern ähnlich. Der jüngste Zensus in Rumänien ist offenbar schon deshalb unzuverlässig, weil viele Roma es vorzogen, sich nicht als solche zu erkennen zu geben und sich als »Ungarn« bezeichneten (Ionescu 1992). Was die Roma zum bevorzugten Objekt von Aggressionen macht, ist möglicherweise weniger ihre Hilflosigkeit, als die in der Diskriminierung hervorgerufenen Anomien, die bei den Diskriminierenden wiederum Angst wecken. Das Vorurteil schafft sich so seine bestätigenden Anhaltspunkte selbst.

Die geringere öffentliche soziale Kontrolle aggressiven diskriminatorischen Verhaltens macht allerdings im Vergleich zu Westeuropa nur einen graduellen und sich überdies verringernden Unterschied aus. Der Mechanismus ist universell. Ein Anstieg von Feindlichkeit gegenüber fremden Unterschichten ist auch in den westeuropäischen Industrieländern beobachtbar, überall kehren bislang tabuierte rassistische oder extrem nationalistische Verhaltensformen in die Öffentlichkeit zurück. Das gilt nicht nur für das Gebiet der ehemaligen DDR, das noch weitgehend osteuropäische Züge trägt.

Asymmetrie ist typisch für angstproduzierende Diskriminierungen und Vorurteile. Im europäischen Falle trifft das sogar auf großräumliche Wahrnehmungen zu. Es gibt ein spezifisch europäisches Prestige-Gefälle, das die nationalen Fremd- und Selbstdeutungen stets ausgesprochen oder unausgesprochen begleitet. Ein hoch zivilisierter Westen steht danach einem »asiatischen« Osten gegenüber, der letztlich nicht mehr Europa zuzurechnen wäre. Dieses West-Ost-Schema ist an jeder Stelle einsetzbar. Für die europäisch-nationale Sichtweise beginnt Asien an der jeweils eigenen Ostgrenze. Die Völker östlich der je eigenen Grenze sind danach fremdartig, barbarisch und schwer unterscheidbar. Ihre Sprachen zu erlernen, ist Sache von Experten und erhöht das kulturelle Prestige nicht. Der nach

Osten gerichtete Blick ist mithin tendenziell der eines Kolonisators oder eines blasierten Verächters: So schauten Deutsche nach Polen, Kroaten nach Serbien, Ungarn nach Rumänien und Russen nach Mittelasien. Die Akzentuierung der kulturellen Differenz an der eigenen Ostgrenze, betonte stets den impliziten Anspruch, selbst dem zivilisierten Westen, dessen kulturgeographischer Westpol Paris oder London war, zuzugehören.¹ »Ostmitteleuropa«, eine Bezeichnung, die nicht nur in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn beansprucht wird, ist mehr als eine geographische Zuordnung (Vajda 1989, Lipski 1989). Nach »Osten« grenzen sich zur »westlichen« Selbstidentifikation Balten gegen Rußland, Kroaten gegen Serbien ab. Ukrainer verteidigen das Abendland gegen Rußland, Bulgaren verteidigen es gegen die Türken, Serben gegen den Islam überhaupt. Rumänien liegt geographisch zwar in Osteuropa, kulturell aber grenzt es angeblich an Frankreich.

Der doppelte westöstliche Blick ließ sich aber auch normativ umdeuten (Geyer 1985; Kohn 1956). Die Zivilisation des Westens galt dann nicht mehr als erstrebenswert, sondern als dekadent, äußerlich, mechanisch. Ihr ließen sich innere Werte entgegensetzen, wie Tiefe, Aufrichtigkeit, Tapferkeit, Herzlichkeit, poetische Kraft usw. Die zivilisatorische Überlegenheit des Westens blieb zwar anerkannt, aber ihr sittlicher und menschlicher Wert war radikal in Frage gestellt. In diesem Blick war auch die Selbstidentifikation anders - sie empfand sich östlicher, konservativer, wahrhaftiger. (Stölting 1991) Nun ließen sich sogar schwärmerische Sympathien für östliche Kulturen formulieren; die unmittelbaren Nachbarn blieben allerdings meist ausgeschlossen.

Der Begriff der Nation in Ost und West

Der zwischen West und Ost differenzierende Blick gilt ab Paris und hat eine begriffsgeschichtliche Entsprechung. Denn es gibt eine westliche und eine östliche Fassung des Begriffs der Nation (Lemberg 1950, Schieder 1991 b). Der östliche Typus unterstelle in der Tradition Herders bereits ein vorkonstituiertes Volk, der westliche Typus hingegen gehe von einem schon bestehenden staatlichen Gebilde aus, dessen Bürger ihren Staat konstituieren. Westlichem Verständnis nach sei die Nation frei, wenn ihre Bürger frei sind, östliches Verständnis denke eine Nation frei, wenn sie von Fremdherrschaft frei ist, also frei über sich entscheiden

1 vgl. die Diskussionsbeiträge der ostmitteleuropäischen Intellektuellen in: H. Berg, P. Burmeister (Hg.) 1990, H.-A. Steger, R. Morell (Hg.) 1987, D. Spangenberg (Hg.) 1987, H.-P. Burmeister, F. Boldt, Gy. Mészáros (Hg.), 1988.

kann, gleichgültig welche innere Verfassung sie wählt. (Schieder 1991 a) Bei genauerem Hinsehen sind die beiden Begriffe von Nation doch enger verschränkt, als zuweilen angenommen wird. Seinem Selbstverständnis nach war der östliche Typus demokratisch. Es war doch das Volk, das sich eine politische Form geben sollte. Die osteuropäischen Nationalbewegungen standen in diesem Sinne dem Risorgimento-Nationalismus nahe.² Diese fortbestehende Nähe macht die gegen viele historische Erfahrungen doch positive Grundposition vieler ehemals Oppositioneller verständlich; die Nation als multifunktionaler Faktor der gesellschaftlichen Integration kann den Reformprozeß absichern (Staniszki 1991, 339 ff).

Geht man nur von Renans Diktum aus, die Nation entstehe allein aus dem Willen ihrer konstitutiven Individuen, sie bestehe in einem jeden Tag stillschweigend erneuerten Plebiszit, dann übersieht man leicht, daß auch bei Renan das Plebiszit mehr bedeutet als eine Entscheidung darüber ob man dies oder jenes Kino aufsuchen will (Renan 1947). Denn erstens konstituieren rechtliche Entscheidungen Bindungen, von denen nicht einfach kostenlos zurückgetreten werden kann. Zweitens bedarf, von der Idee der Volkssouveränität her gedacht, die Konstitution eines konstituierenden Subjektes. Das Plebiszit setzt eine schon bestehende gesellschaftliche Formierung voraus, in der Abstimmungen möglich sind. Das Problem ist im übrigen aus den Diskussionen um die Vertragstheorien wohlvertraut: Der Konstitution des Staates muß eine Konstitution der Gesellschaft voraus gedacht werden, es sei denn, man lasse beide zusammenfallen wie Hobbes - mit entsprechenden Konsequenzen.

Entscheidend ist die Differenzierung von Staatsvolk und der von ihm geschaffenen politischen Form. Das Staatsvolk tritt im staatsrechtlichen Sinne als juristisches Subjekt auf. Daher wird ihm wie allen juristischen Subjekten ein Wille und Vernunft unterstellt. Sobald dieses Rechtssubjekt nicht mehr nur als juristische Fiktion gedacht, sondern als wirkliches Subjekt in der politischen Rhetorik dargestellt und schließlich als wirkliches Subjekt geglaubt wird, kommt es zu jener die Beziehung von »kollektiven Subjekten« und wirklichen Subjekten kennzeichnenden religiösen Struktur. Das Subjekt unterwirft sich, gibt sich auf, ist bereit, sein irdisches Leben zu opfern, um das höhere Leben der Nation sicherzustellen. Die Forderung an jedes Mitglied der Nation, das eigene Leben zu opfern, wenn es für die Existenz des Ganzen notwendig ist, gehört nicht zu den östlichen Spezifika; auch Renan war französischer Patriot. Die Nation wird zu einem religiösen Gebilde, das kollektive Einheiten stiftet und in

2 Zum Risorgimento-Nationalismus: Schieder (1991 c), Kohn (1964, S. 45 ff.), Alter (1985, 33 ff., 60 ff.), Chabod (1979), de Sanctis (1951)

Zeremonien gefeiert wird (Mosse 1976, Stölting 1985).

Die Konstitution des Volkes konnte als formaljuristischer Akt, sie konnte aber auch als historischer, vom bewußten Willen der Einzelnen unabhängiger Prozeß gedacht werden. Der westliche Begriff der Nation würde entsprechend rationalistisch von der Konstruktion eines Gesellschaftsvertrages ausgehen, der östliche die vorgeschichtliche Existenz oder Entstehung der Nation unterstellen. Aber selbst in jenen Denktraditionen, die die Nation bzw. das Staatsvolk über einen Gesellschaftsvertrag ins Leben rufen lassen, wird, wo es um Geschichte und Politik geht, immer wieder die Vorstellung eines Volkes, das durch mehr als einen bloßen Willensakt verbunden ist, aufgegriffen. Die Vorstellung eines Volksgeistes findet sich zwar bei dem »östlichen« Herder voll ausgebildet, und über ihn ist sie in den Begriff der »Kulturnation«, die Basis des östlichen Nation-Begriffes wurde, übergegangen; aber sie hat ältere und westliche Wurzeln. Sie findet sich bei Shaftesbury, Montesquieu und Rousseau (A.D. Smith 1991, 71 ff.). Der Begriff ist auf so vielfältige Weise vorbereitet worden, daß es möglich ist, von »Proto-Nationen«, bzw. von »Proto-Nationalismen« zu reden (Hobsbawm 1991, S. 46 ff.).

Es geht an dieser Stelle noch nicht um die realgeschichtliche Genesis, sondern um Denkstrukturen, die mit den Begriffen gegeben sind, vor allem jenen der Volkssouveränität, der überall in der Welt inzwischen zum Grundstein politischer Legitimität geworden ist. In der Idee der Volkssouveränität flossen die im Westen schon länger ablaufenden sich an politischen Grenzen separierenden Bildungsprozesse der Hochsprachen und ihrer zwangsförmigen Durchsetzung im höheren Bildungssystem einerseits und die in der absolutistischen Staatsidee vorausgesetzte Homogenisierung von Untertanen und Territorium zusammen. Im Osten hingegen war dieser Prozeß langsamer verlaufen. Es war in viel geringerem Maße als im Westen zu sprachlichen Homogenisierungen und Einschmelzungen gekommen. Die Ende des 18. Jahrhunderts noch bestehenden Reiche - das russische, das österreichisch-ungarische, das osmanische, teilweise auch Preußen - erschienen als Vielvölkerstaaten. Nachdem der Begriff der Kulturnation erst einmal existierte, schien die Differenz von Staat und Nation sinnfällig (Hroch 1985).

Die demokratische Idee, daß die Nation sich selbst eine politische Form geben solle, unterschied jene Nationalismen, die aus den verstreuten nationalen Partikeln einen Nationalstaat zusammenfügen wollten - wie den deutschen, den italienischen und teilweise den polnischen Nationalismus - nicht von jenen, die die Schaffung des Nationalstaates nur als Ablösung aus den multinationalen Reichen - den »Völkergefängnissen« - oder als deren Zerstörung denken konnten. Der Haß auf die »Völkergefängnisse«

entsprach nicht linear dem Ausmaß wirklicher Unterdrückung. Seit dem Kompromiß von Kremsier 1848/49 gab es in Österreich eine historische Tendenz in Richtung einer immer größeren Gleichberechtigung der Nationen, was mit der scharfen Magyarisierungspolitik in Ungarn kontrastierte (Schieder 1991 a). Die größere Liberalität schuf aber keine größere Stabilität. Schon die Existenz eines Staates, der nach dynastischen und nicht nationalen Kriterien entstanden und daher multinational war, erschien vielen schwer erträglich.

Gerade diese Unbedingtheit verweist jedoch auf die Zwangsläufigkeit politischer Begriffe und ihre Wirkungen, wenn sie »die Massen ergriffen« haben. Am Anfang der mittel- und osteuropäischen Nationalbewegungen standen oftmals romantische Gelehrte und Dichter, die keineswegs immer politische Nationalstaatlichkeit beabsichtigten, sondern denen es um die Sicherung und kongeniale Rekonstruktion einer abgesunkenen oder volkstümlichen Kultur ging. Wo soziale und sprachliche Differenzen zusammenfielen, gehörten die Grammatiker, Sagensammler oder Volksdichter nicht selten jener beherrschenden Nation an, deren Herrschaft später als Fremdherrschaft bekämpft wurde (Smith 1991, S. 65 ff.). In der baltischen Renaissance ist der anfängliche Beitrag deutscher und polnischer Intellektueller, in Finnland der schwedische kaum zu übersehen (Senn 1959, Jutikkala 1962).³

Die Entdeckung, daß es sich bei den Nationen nicht um uralte Entitäten, sondern um moderne Erfindungen handelt und daß an ihrer Wiege nicht die Götter sondern romantische Intellektuelle standen, ist in der Tat nicht mehr neu (Hobsbawm 1991, Anderson 1988). Den Prozeß der Einwurzelung der nationalen Idee in einer bestimmten Bevölkerung nachzuzeichnen, ist Aufgabe der historischen Forschung (Hutchinson 1987, Vakar 1956, Heiberg 1989). In den meisten ost- und mitteleuropäischen Regionen war die Selbstidentifikation noch im 18. Jahrhundert nicht im heutigen Sinne national, aber es gab vielfach gesellschaftliche Bruchlinien, die einer nationalen Reinterpretation Plausibilität verleihen konnten. Der deutsche Adel und das deutsche Bürgertum im protestantischen Baltikum standen als beherrschende Schichten, einer anderssprachigen Bauernbevölkerung gegenüber. Sinngemäß das gleiche galt für die polnischen Oberschichten in jenen Teilen des ehemaligen litauisch-polnischen Rei-

3 Die Bedeutung der fremden Romantiker gilt auch in anderen Zusammenhängen. Die griechische Nationalbewegung verdankt Lord Byron wesentliche Stücke ihres antikisierend romantischen Selbstbewußtseins. Ebenso verdankt der beginnende türkische Nationalismus westlichen Gelehrten und Dichtern viele Begriffe und Bilder, etwa seitens des Ungarn Vámbéry oder des Franzosen Léon Cahun, vgl. Mardin 1965, Berkes 1964.

ches, die zu Rußland oder Österreich gekommen waren. Die ukrainische und litauische Bauernbevölkerung konnte lernen, den sozialen Konflikt als nationalen zu beschreiben. Auch religiöse Bruchlinien konnten national beschrieben werden. Der Unterschied zwischen Kroaten und Serben liegt in der religiösen Differenz (Turczynski 1976). Aber auch das osmanische Millet-System wurde national interpretiert. Im armenischen Falle lag das besonders nahe, weil die Armenier nicht nur über eine eigene Kirche sondern auch über eine eigene Sprache und eine eigene Schrift verfügten. Unsicherheiten zeigten sich im griechischen Falle. Im Zuge des »Bevölkerungsaustauschs« von 1922 wurden griechischsprachige Moslems in die Türkei, türkischsprachige orthodoxe Christen nach Griechenland umgesiedelt. Das Millet-System war erster Ausgangspunkt für die Nationalbewegungen der christlichen Bevölkerung des osmanischen Reiches (Lewis 1968). Wichtig war in jedem Falle, daß es plausible soziale, sprachliche oder wirtschaftliche Anhaltspunkte gab, die sich im nationalen Sinne interpretieren ließen.

Sobald sich erst einmal die Nationen hergestellt hatten, d.h. sobald die nationalen Begriffe erst einmal gesellschaftliche Denkform geworden waren, blieben sie ein wichtiger politischer Faktor. Dabei muß nicht vorausgesetzt werden, daß alle Mitglieder der Gesellschaft zu Teilen der Nation geworden seien. Selbst in Frankreich zog sich dieser Prozeß bis Ende des 19. Jahrhunderts hin (E. Weber 1979). Aber die im Begriff angelegten Entwicklungs- und Konfliktmöglichkeiten entfalten sich bereits, wenn ein ausreichend großer und mächtiger Teil der Gesellschaft in nationalen Kategorien denkt.

Die als Form sozialer Wahrnehmung etablierte Nation enthält Mechanismen, von denen her die nationalen Auseinandersetzungen rekonstruierbar werden. Das muß nicht heißen, daß die nationalen Denkformen dem politischen Kalkül entzogen sind. Aber selbst wenn man sie nur als politische Sprache verstehen wollte, so hat diese doch ihre eigene Grammatik.

Einer der wichtigsten Mechanismen besteht in der kollektiven Zurechnung individuellen Handelns. Wird der Mensch nur als Verkörperung eines Kollektivs gedacht, dann müssen seine Handlungen als solche des Kollektivs gedacht werden, dem er angehört. Da Individuen in der Regel absichtsvoll handeln, können umgekehrt auch solche politische Entwicklungen als nationale Böswilligkeit gedacht werden, die jenseits der nationalen Denkform auf sozialstrukturelle Faktoren zurückgeführt würden. In der Sowjetunion war es unter den nicht-russischen Völkern üblich, strukturbestimmende Übelstände den Russen zuzuschreiben. Ein Atomkraftwerk im armenischen Erdbebengebiet konnte als russischer Versuch eines Genozids getadelt werden, der Ausbau der baltischen Häfen, der

große Mengen russischer Einwanderer brachte, galt als bewußter Russifizierungsversuch. Im Rahmen der nationalen Denkform war das allemal plausibel. In den Ministerien saßen Russen, die Zuwanderer waren Russen, die Manager waren Russen, die Nutznießer waren Russen. Die Zuschreibungen mußten nur hinreichend plausibel oder zumindest nicht gänzlich ausgeschlossen sein. Je mehr die politische Mobilisierung zunahm und je stärker sie durch die nationale Denkform bestimmt wurde, desto größer wurde der Bereich der kollektiven Zuschreibungen. Schließlich konnte in Rußland der Kommunismus zwar nicht den Russen aufs Schuldkonto geschrieben werden, wohl aber den Juden - Beweis: die Zahl der Juden in den Leitungsgremien der Kommunistischen Partei und der Geheimpolizei (Koenen 1991). Haftbar sind dieser Denkform entsprechend nicht nur die unmittelbaren Täter, sondern ebenso die gesellschaftliche Gruppe, der sie zugerechnet werden können: Das Massaker durch serbische Milizen darf danach durch ein Massaker an serbischer Bevölkerung bestraft werden.

Ein zweiter Mechanismus besteht in der konsequenten Anwendung nicht nur des juristischen Eigentumsbegriffes, sondern auch im Einbezug des nationalen Raumes in den organisch gedachten Volksbegriff. Der nationale Raum wird als integraler Teil der nationalen Identität gedacht. Minderheiten, die sich abtrennen wollen, verletzen den nationalen Körper. Der Separatismus löst Existenzängste aus und kann entsprechende Reaktionen zur Folge haben. Die Furcht vor der Zerstückelung peinigt aber jeden, der sich - dem nationalen Begriffstypus entsprechend - in der Nation aufgelöst hat. Die Metapher wird zur materiellen Gewalt.

Als eine mythische Begriffsform saugt auch das nationale Denken nationale Topoi gleichsam auf, wie die der Verschwörung, des Retters, des goldenen Zeitalters oder der Einheit (Girardet 1986). Einige von ihnen werden gerade in den mittel- und osteuropäischen Auseinandersetzungen besonders deutlich. Hier sollen vor allem zwei behandelt werden: die Angst vor dem Untergang und das in die politische Propaganda umsetzbare Gerücht.

Unter Ansehung der Bevölkerungsmenge kann die Furcht vor dem Untergang einer Nation, einer Nationalkultur oder einer Sprache begründet sein. Die russische Zuwanderung in Lettland und Estland hätte die einheimische Bevölkerung sicherlich schon bald zur Minderheit im eigenen Lande gemacht (Helme 1991). Angesichts der außerordentlich niedrigen Geburtenrate dieser protestantischen Bevölkerung, die sogar noch unter der russischen liegt, konnten schon statistisch gesehen die nationalen Existenzängste dort plausibel erscheinen.

Aber die Furcht wirkt generell (Bibó 1986). Sie scheint dem Typus an-

zugehören, der ja immer das Selbstopfer verlangt, wenn das Ganze auf dem Spiele steht. Die Angst, das Ganze könne untergehen, gehört, ob sie zu recht oder zu unrecht besteht, immer dem nationalen Begriffstypus zu. An einigen Konfliktpunkten in Ostmittel- bzw. Osteuropa läßt sich diese Konstellation besonders gut beobachten. Der eine ist der Konflikt um die ungarische Minderheit in Siebenbürgen.

Ungarische und rumänische Ängste

Für das ungarische nationale Denken war der Vertrag von Trianon von 1920 eine Katastrophe. Das Land verlor zwei Drittel seines Territoriums und ein Drittel der Ungarn an die Nachbarländer (Bogyay 1977, 162 ff.). Verwunden wurde dieser Verlust nie völlig. Die ungarischen Minderheiten in der Slowakei, in der Vojvodina, vor allem jedoch in Siebenbürgen, das seit Trianon zu Rumänien gehörte, waren daher ein Faktor impliziter oder expliziter Beunruhigung - auch wenn die ungarische Regierung ausdrücklich betonte, keine Grenzen verändern zu wollen (Oltay 1992).

Auch die Gegenseite reagiert aus Furcht (Schöpflin 1974). Rumänien hatte während des zweiten Weltkriegs Nordsiebenbürgen an Ungarn und die Süd-Dobrudscha an Bulgarien abtreten müssen. Die Bukowina und Bessarabien mußte es 1940 erstmalig, 1944 endgültig an die Sowjetunion abtreten. Die Zerstückelungsfurcht kann sich auf historische Erfahrungen berufen. Sie kann im Gegenzug die symbolische Zerstückelung der ungarischen Minderheit in der Volkszählung von 1991 erklären. Gegen den Protest von Vertretern dieser Minorität, wurde versucht, zwischen Ungarn, Magyaren, Szekler und Csangó zu differenzieren. Anstelle einer kompakten ungarischen Minderheit sollte es mehrere kleine geben. Diese Minimierung der anderen konnte das angsterregende Gewicht des absoluten Bevölkerungsrückgangs, der hohen Kindersterblichkeit und der niedrigen Lebenserwartung in Rumänien ertragen helfen (Ionescu 1992).

Auf dem Hintergrund einer beiderseitigen Existenzangst ergeben sich entsprechend den unterschiedlichen Ausgangslagen unterschiedliche Argumentationsmuster. Wie schon Ceausescu meint auch die heutige rumänische Regierung, daß Minoritätenfragen rein innere Angelegenheiten Rumäniens seien, die Ungarn nichts angingen (Oltay 1992). Die ungarische Regierung sei nicht legitimiert, als Anwalt der ungarischsprachigen Minderheit aufzutreten. Minderheitenrechte werden rumänischerseits entsprechend als individuelle Rechte, nicht als Gruppenrechte verstanden. Jeder habe ein Recht, seine Sprache zu sprechen, aber nicht, sie zur Staatssprache zu erheben. Das komme nur jener Nation zu, der das Gebiet aus hi-

storischem Rechte gehört - im Falle Siebenbürgens also den Rumänen. Die KSZE-Schlußakte wird rumänischerseits eher als Verpflichtung für die Minoritäten gedeutet, die Integrität des Landes, das sie als Gäste beherbergt, zu respektieren und sich nicht von der einheimischen Bevölkerung zu isolieren. Das Recht auf muttersprachliche Erziehung könne entsprechend nur den Umständen und den nationalen Gewohnheiten des gastgebenden Landes entsprechend reguliert werden. Andererseits vertritt die rumänische Regierung gegenüber der ukrainischen durchaus Ansprüche der rumänisch-sprachigen Bevölkerung der zur Ukraine gehörenden Nord-Bukowina und Süd-Bessarabiens (Martyniuk 1992).

Die ungarische Regierung hingegen bezieht eine strikt ethnische Position. Sie lehnt im Sinne der KSZE-Schlußakte zwar einseitige gewaltsame Grenzveränderungen ab und erhebt keine Gebietsansprüche; die gegenwärtigen Grenzen seien Bestandteil der europäischen Stabilität, gleichgültig - wie Premierminister Antall hinzufügte - ob sie gerecht oder ungerecht seien. Als ob diese Aussage die Nachbarländer nicht genug beruhigen könnte, erklärte Antall, daß seine Regierung die Pflicht habe, alle Ungarn, gleichgültig in welchem Staat sie leben, zu vertreten. Er bezeichnete sich entsprechend als Premierminister aller 15 Millionen Ungarn dieser Welt. Ungarn habe die Vojvodina an das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, also an Jugoslawien, abtreten müssen, und nicht an Serbien (Oltay 1992). Das Trianon-Trauma und die schon im Denktypus angelegte nationale Existenzangst können mithin bei anderen spiegelbildlich Ängste auslösen. Die Möglichkeit von Kettenreaktionen wird erkennbar.

Sicherlich gibt es trotz der Existenz starker nationaler Minderheiten und trotz der Allgegenwart nationaler Denkformen auch Handlungsalternativen. Das läßt sich in der Karpato-Ukraine ersehen, die seit 1945 zur Sowjetunion, 1919 bis 1945 zur Tschechoslowakei und vorher zu Ungarn gehört hatte (Subtelny 1988, 458 ff.). Die Karpato-Ukraine hätte in einem regionalen Verbund mit Ungarn und der Ostslowakei besondere wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten. Derartige regionale Kooperationen wären auch mit Rumänien planbar. Daß sie nur mit der ukrainischen Regierung vereinbart werden können, hängt möglicherweise mit der bislang geschickten Minderheitenpolitik der ukrainischen Regierung und einer entsprechend entspannten Situationssicht zusammen (Reisch 1992 b, Reisch 1992 a).

Aber die politischen Prozesse ihrerseits hängen wiederum von innenpolitischen Entwicklungen ab, für die die durch den nationalen Denktypus nahegelegten Gerüchtestrukturen Vehikel werden können. Ein charakteristischer Fall waren die Kommunalwahlen in der Siebenbürgischen Haupt-

stadt Klausenburg (Cluj, Kolozsvár). Die Stadt hatte einst eine ungarische Mehrheit. Zuzüge im Prozeß der Industrialisierung, haben die Mehrheitsverhältnisse geändert, obwohl bis in jüngste Zeit das Zusammenleben der beiden Nationen friedlich war. Hier gab es eine hohe Anzahl gemischter Ehen, was immer Indikator entspannter ethnischer Beziehungen ist. Das extremistisch mobilisierbare Potential lebt allerdings in dem Gürtel von siloförmigen Neubauten um die Stadt herum, in denen, wie in vergleichbaren Quartieren auch in anderen Regionen Europas, sich sozialer und politischer Sprengstoff ansammelt. Hier hat die rechtsextremistische rumänische »Vatra Romaneasca« ihren stärksten Rückhalt, bzw. die von ihr initiierte »Partei der nationalen Einheit« (Gallagher 1992). Diese Partei erhielt in Kommunalwahlen zwar auch in Klausenburg nur knapp 16% der Stimmen, immerhin jedoch veranlaßte sie die schwache Regierungspartei »Front der nationalen Rettung«, zu versuchen, die »Partei der nationalen Einheit« an nationalistischer Radikalität zu übertreffen. Hebel, die Spannungen zu schüren, waren politische Forderungen der Ungarn Rumäniens, deren Partei ihren Sitz in Klausenburg hat und deren radikaler Flügel wiederum hier beheimatet ist. Die ungarische Partei forderte die Wiedereröffnung des ungarischen Konsulats in Klausenburg, das 1988 geschlossen worden war, die Wiedereinrichtung ungarischer Schulen und der ungarischen Universität, die 1959 mit der rumänischen vereinigt worden war (Oltay 1992). Trotz aller ungarischen Dementis nutzten die rumänischen Nationalisten die hierdurch ausgelöste Furcht vor ungarischen Sezessionsbestrebungen.

Das Schüren von Angst dient dem Machterwerb; der Verdacht ist stärker als die Dementis. Damit kann eine ethnische Polarisierung gefördert werden, die, wird ihr nicht gegengesteuert, in Gewalt umschlagen kann. Dann jedoch wäre der Beweis der Gefährlichkeit der anderen erbracht. Der erschlagene Ungar geht aufs Konto »der« Rumänen und darf an ihnen gerächt werden, für den erschlagenen Rumänen werden »die« Ungarn zur Rechenschaft gezogen. Vermittlungen sind nicht mehr möglich, denn die Faktenlage ist glaubhaft - die Mörder gehörten zu den anderen.

Auch die Minoritäten können, wo erregte Stimmungen um sich greifen, in Steigerungsmechanismen geraten. Die Überzeugung vom eigenen Recht haben kann den Blick für die wirklichen Kräfteverhältnisse trüben. Gerade gefährdete Minderheiten, die auf Hoffnung und Schutz angewiesen sind, können sich durch euphorische Zustände selbstsuggerierter Stärke gefährden. Schließlich kann Organisiertheit und örtliche Stärke auch Illusionen über die allgemeinen Stärkeverhältnisse aufkommen lassen.

Die Ängste der Mehrheit können dann in Aggressivität oder in die Bereitschaft umschlagen, solchen Gerüchten Glauben zu schenken, die die Se-

zessionsabsichten der Minderheit zu belegen scheinen. Das ist die Stunde, in der Extremisten auch dort Durchsetzungschancen haben, wo ihre Ausgangsbedingungen zunächst schlecht schienen.

Der Mechanismus der Selbstplausibilisierung von Gerüchten wird im Falle der albanischen Konflikte noch deutlicher. An ihnen wird erkennbar, wie sehr Gerüchte nicht nur der Mobilisierung dienen können, sondern eigene Konstellationen schaffen, mit denen die Politik dann wieder zu rechnen hat und die ihr äußerliche Rahmenbedingungen setzen.

Die Albaner und ihre Nachbarn

Die sich gegenwärtig auf dem Balkan abzeichnende griechisch-serbische Koalition hat nicht nur im Sinne eines europäischen Bollwerks gegen den angeblich erneut gegen Europa anbrandenden Islam Bedeutung. Sie zeigt auch, daß auch Osteuropa wieder vereinigt ist. Den Mentalitäten und dem politischen Stile nach gehören Griechenland und die Türkei auch politisch zu Osteuropa. Die alten Konstellationen funktionieren wieder und die Dynamik der Gerüchte, in der Unterstellungen zu Gewißheiten werden einerseits, und die ihr zugrunde liegende zwingende nationale Denkform wird im mehrdimensionalen Konflikt um Albanien bzw. die Albaner besonders deutlich.

Überraschend war zunächst, daß der Sturz der kommunistischen Herrschaft in Albanien so rasch zu einer Verschlechterung der griechisch-albanischen Beziehungen führte. Verantwortlich waren zunächst materielle Ursachen. Aufgrund der verzweifelten wirtschaftlichen Situation kam es immer wieder zu albanischen Massenfluchten nicht nur nach Italien, sondern auch nach Griechenland. Etwa 60 000 Albaner gingen bis Dezember 1991 nach Griechenland davon 40 000 illegal. Sie wurden lästig. Die griechischen Medien berichteten über den Anstieg von Verbrechen, Vergewaltigungen, Raub, Diebstählen, die von Albanern begangen worden seien. Es kam zu Razzien und Mißhandlungen, über die ausführlich und dramatisch in den Medien Albaniens berichtet wurde. Die daraus entstehenden antigriechischen Stimmungen schlugen auf die griechische Minderheit zurück. Hinzu kam, daß die griechische Regierung Hilfe versprochen hatte, aber versuchte, sie auf die griechische Minderheit zu begrenzen (Zanga 1992). Sämtliche im albanischen Parlament vertretenen albanischen Parteien bezogen Stellung gegen die politische und kulturelle Organisation der Griechen »Oimonia«, die drei Parlaments-Sitze errungen hatte. In den Medien beider Länder häuften sich Berichte über Menschenrechtsverletzungen, Verfolgung und Folter im jeweiligen Nachbarland.

Der Konflikt wurde emotional vorbereitet.

Der griechischen Angst vor Menschenfluten, die zum Untergang der eigenen Nation führen und die Sorge um die unterjochten Teile der griechischen Nation, entsprach die albanische Angst vor einer möglichen verletzenden Zerstückelung des Landes. Die für die Feinde furchterregenden, für die Landsleute große Identitätsgefühle bereitstellenden historischen Interpretationen waren bereits da, um der aktuell geschürten Kontroverse einen Sinn zu geben. Den griechischen Vorstellungen entsprechend hätte Südalbanien - Nord-Epiros - rechtmäßig ein Teil Griechenlands zu sein. Etwa 20% der hier wohnenden 300 000 bis 400 000 Menschen sind nicht Moslems sondern orthodoxe Christen. Sie werden von griechischer Seite meist als autochthone Griechen angesehen. Die albanische Seite dagegen setzt die Sprache als Unterscheidungskriterium und geht nur von 60 000 Griechen aus, die albanischen Historikern zufolge erst im 18. Jahrhundert von albanischen Großgrundbesitzern als Arbeitskräfte auf Latifundien geholt wurden (Zanga 1992).

In jedem Falle erscheinen historische Interpretationen und nationale Identitätskonstruktionen als Basis für die Plausibilität von Gerüchten, die Stimmungen anscharfen und sich schließlich in gewalttätigen Auseinandersetzungen entladen können. Haben solche Auseinandersetzungen erst einmal stattgefunden, erscheint der Rückweg schwer. Denn die Greuel und Gegengreuel sind geschehen, und jeder sieht sich durch das Verhalten des anderen legitimiert.

Die Auswegslosigkeit, in die nationale Geschichtsinterpretationen führen können, wird noch deutlicher am Konflikt um das Kosovo, der an den armenisch-aserbaidshanischen erinnert. Im serbischen Geschichtsbild nimmt Kosovo, das Amselfeld, einen zentralen Ort ein, obwohl 90% seiner Bewohner Albaner sind (Zanga 1975). Mit Kosovo wird das »goldene Zeitalter« der Serben identifiziert, und hier wurde 1389 ein serbisches Heer durch den osmanischen Sultan Murat I. vernichtet. Dieser Untergang des großserbischen Reiches wird von den serbischen Nationalisten so gefeiert, daß er fast wie ein Sieg erscheint. Die symbolische Botschaft ist eindeutig: Serbien ohne Kosovo erschiene ebenso beschädigt wie Spanien ohne Toledo, Frankreich ohne Reims, England ohne Canterbury oder Sachsen ohne Meißen.

Nach serbischer Lesart war das Gebiet ursprünglich serbisch, bis albanische Zuwanderung die ethnische Zusammensetzung veränderte. Die albanischen - »türkischen« - Menschenfluten drohen das serbische Herzland nun nicht nur dem nationalen Körper zu entreißen, sie erneuern damit auch die türkisch-muslimische Gefährdung des christlichen Europa.

Nach albanischer Lesart, sind die Albaner als Nachkommen der Illyrer

die eigentliche autochthone Bevölkerung der ganzen westlichen Balkanregion und damit auch des Kosovo. Hier seien sie schon immer in der Mehrheit gewesen. Hier habe das nationale Wiedererwachen 1878 - in Prizren - begonnen. Die geringe Zahl von Serben deute drauf hin, daß sie dem Lande nicht so verbunden gewesen seien, wie sie vorgeben. So hätten sie nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg in großer Zahl das Kosovo verlassen, um sich in der Vojvodina und der Backa auf den Höfen ausgesiedelter ungarischer und deutscher Bauern niederzulassen.

Tatsächlich reichen die Konflikte bis zum Beginn des Jahrhunderts zurück. Historische Erinnerungen lassen sich in Angst umsetzen und zur Verschärfung des Konfliktes einsetzen. Erst 1926 war die albanisch-jugoslawische Staatsgrenze festgelegt worden. Serbische Versuche, die Albaner des Kosovo, die »Türken«, zu assimilieren oder zu vertreiben und Serben anzusiedeln, mißlang. Der von albanischen Grundbesitzern geleitete Widerstand wandelte sich 1941 zur Kooperation mit der italienischen Besatzungsmacht, die Kosovo und die mehrheitlich albanisch besiedelten Teile Montenegros und Makedoniens mit Albanien zu einem groß-albanischen Staat zusammenschloß. Die albanische SS-Division »Skanderbeg« wütete unter der serbischen Bevölkerung. Eine nennenswerte albanische Partisanenbewegung gab es im Kosovo ebensowenig, wie eine Exilregierung bei den Alliierten. So mußten die Kosovo-Albaner nach dem Krieg die Zeche bezahlen. Der stalinistische serbische Innenminister Rankovic drangsalierte die dem Kommunismus gegenüber feindselig eingestellte albanische Bevölkerung. Seine Kontrolle war so dicht, daß 1948 Enver Hoxhas Aufruf zum Aufstand nach dem Ausschluß Jugoslawiens aus dem Kominform ohne Widerhall verpuffte. Die Situation entspannte sich erst nach dem Fall von Rankovic 1970. Es wurde die Universität Pristina gegründet; in der jugoslawischen Verfassung von 1974 erhielt Kosovo einen autonomen Status innerhalb Serbiens. Der Tod Titos weckte daher Besorgnisse und Bestrebungen, den Status einer serbischen Teilrepublik zu erringen. Das machte serbische Zerstückerlungsängste mobilisierbar. Die dramatische Zuspitzung begann 1987 mit dem Aufstieg von Slobodan Milosevic. Die serbischen Medien berichteten von systematischen Vertreibungen aus dem Kosovo. Serbische Frauen wurden vergewaltigt, Kinder erschlagen, Höfe angezündet. Auf dieser Basis konnte Milosevic seine Macht aufbauen und stabilisieren, auch wenn er die ausgelöste Bewegung schließlich nicht mehr unter Kontrolle behielt. 1990 wurde der Autonomiestatus aufgehoben, die albanischen Bildungsanstalten geschlossen bzw. serbisiert, die albanischen Lehrer, Professoren, Ärzte, Ingenieure usw. entlassen.

Die Repression der Albaner weckte, was sie u.a. bekämpfen sollte, die

Furcht vor einem separatistischen Terrorismus (Moore 1992). Sie legiti­mierte ein weiteres Anziehen der Repressionsschraube. Daß es bislang noch keinen Terrorismus gegeben hat, muß die serbische Seite inzwischen allerdings wirklich beruhigen. Der albanische Untergrund ist inzwi­schen offenbar so gut organisiert, daß alle Versuche, den Aufstand zu provozieren, um den Gegenschlag auszulösen, bislang erfolglos blieben. Es gelang ihm sogar im September 1990 den Verfassungsentwurf für ein unabhängiges Kosovo zirkulieren zu lassen und ihn ein Jahr später einer Volksabstimmung auszusetzen; an ihr beteiligten sich 98% der registrier­ten albanischen Wähler, obwohl die serbische Regierung das Referendum verboten und 40% aller serbischen Polizeikräfte im Kosovo konzentriert hatte. 99,7% der abgegebenen Stimmen sprachen sich für die Unabhän­gigkeit aus. Anerkannt wurde die Unabhängigkeit bislang nur in Tirana (Moore 1992).

Es gehört wesentlich zu diesen Mechanismen, die sich in den südosteuro­päischen Fällen zeigen, die aber überall wo der nationale Begriffstypus von einer Bevölkerung übernommen wurde, daß sie von den Beteiligten nicht kalkuliert werden können. Der Nationalismus ist in diesem Sinne nicht nur politisch sondern auch soziologisch relevant. Durch die reli­giöse Form, in der er zum Gemeinschaftserlebnis wird (Stölting 1985), konstituiert er auch soziale Einheiten. Der in dieser religiösen Form ent­haltene Mechanismus berauscher Selbstsuggestion kann dazu führen, daß Angehörige nationaler Minderheiten ihre Stärke überschätzen - v.a. wenn sie sich über zahlenmäßige Stärke in punktuellen Situationen oder kleinen Regionen euphorisieren oder wenn sie glauben, auf Hilfe von Außen rechnen zu können. Das politische Fest, die Demonstration, die Kundgebung, sind Ereignisse, bei denen Menschen sich begeistern lassen und ihre Angst verlieren. Sie können zur Reaktivierung der eigenen schlummernden Kraft ebenso führen wie zur verhängnisvollen Selbstüber­schätzung. Wer immer in großen kollektiven emotionalen Ereignissen sich mobilisieren läßt, kann nicht kalkulieren.

Das schließt nicht aus, daß andere mit der Mobilisierung und den Mobili­sierten kalkulieren. Aber auch hier können Fehler gemacht werden.

Literatur

Alter, Peter (1985): *Nationalismus*, Frankfurt a.M.

Anderson, Benedict (1988): *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts*, Frankfurt a.M.

Berg, Heino, Peter Burmeister (Hg.) (1990): *Mitteleuropa und die deutsche Frage*, Bremen

- Berkes, Niyazi (1964): *The Development of Secularism in Turkey*, Montreal
- Bibó, István (1986): *Misère des petits états d'Europe de l'Est*, Paris
- Bogyay, Thomas von (1977): *Grundzüge der Geschichte Ungarns*, Darmstadt
- Burmeister, Hans-Peter, Frank Boldt, György Mészáros (Hg.) (1988): *Mittleuropa - Traum oder Trauma. Überlegungen zum Selbstbild einer Region*, Bremen
- Chabod, Federico (1979): *L'idea di nazione*, Roma, Bari
- de Sanctis, Francesco (1951): *Mazzini e la scuola democratica*, Torino
- Gallagher, Tom (1992): Ultrationalists Take Charge of Transsylvanias Capital, in: *RFE/RL Research Report*, 1. Jg., Nr. 13, vom 27. März, S. 20-26.
- Geyer, Dietrich (1985): Funktionen des russischen Nationalismus 1860-1885, in: H.A. Winkler (Hg.), *Nationalismus*, Königstein / Ts.
- Girardet, Raoul (1986): *Mythes et mythologies politiques*, Paris
- Heiberg, Marianne (1989): *The Making of the Basque Nation*, Cambridge
- Helme, Hein (1991): »Kolonialwirtschaft«. Die Folgen der sowjetischen Besetzung Estlands, in: Andrejs Urdze (Hg.), *Das Ende des Sowjetkolonialismus*, Reinbek, S. 55-63.
- Hobsbawm, E. J. (1991): *Nations and Nationalisms Since 1780*, Cambridge (Cambridge UP)
- Hroch, Miroslav (1985): Das Erwachen kleiner Nationen als Problem der komparativen sozialgeschichtlichen Forschung, in: H.A. Winkler (Hg.), *Nationalismus*, 2. Aufl., Königstein / Ts., S. 155-172
- Hutchinson, John (1987): *The Dynamics of Cultural Nationalism: The Gaelic Revival and the Creation of the Irish Nation State*, London
- Ionescu, Dan (1992): Romania's First Postcommunist Census, in: *RFE/RL Research Report*, 1. Jg., Nr. 11, vom 13. März, S. 57-63.
- Jutikkala, Eino (1962): *A History of Finland*, London
- Koenen, Gerd (1991): Eine schwarze Front. Russische Rechte zwischen Nationalbolschewismus und Neofaschismus, in: Gerd Koenen, Karla Hielscher (Hg.), *Die schwarze Front. Der neue Antisemitismus in der Sowjetunion*, Reinbek
- Kohn, Hans (1956): *Die Slawen und der Westen. Die Geschichte des Panlawismus*, Köln
- Kohn, Hans (1964): *Von Machiavelli zu Nehru. Zur Problemgeschichte des Nationalismus*, Freiburg i.Br.
- Lemberg, Eugen (1950): *Die Geschichte des Nationalismus in Europa*, Stuttgart
- Lewis, Bernard (1968): *The Emergence of Modern Turkey*, London
- Lipski, Jan Józef (1991): Liegt Polen in Europa? , in: F. Herterich, C. Semler (Hg.), *Da-zwischen. Ostmitteleuropäische Reflexionen*, Frankfurt a.M., S. 150-162
- Mardin, Serif (1965): *The Genesis of Young Ottoman Thought. A Study of the Modernization of Turkish Political Ideas*, Princeton
- Martyniuk, Jaroslav (1992): Ukrainian Independence and Territorial Integrity, in: *RFE/RL Research Report*, 1. Jg., Nr. 13, vom 27. März, S. 64-68
- Moore, Patrick (1992): The »Albanian Question« in the Former Yugoslavia, in: *RFE/RL Research Report*, 1. Jg., Nr. 14, vom 3. April, S. 7-15
- Mosse, George L (1976): *Die Nationalisierung der Massen. Von den Befreiungsriegen bis zum Dritten Reich*, Frankfurt a.M., Berlin, Wien
- Oltay, Edith (1992): Minority Rights Still an Issue in Hungarian-Romanian Relations, in: *RFE/RL Research Report*, 1. Jg., Nr. 12, vom 10. März, S. 16-20
- Pearson, Raymond (1983): *National Minorities in Eastern Europe*, London (Macmillan)
- Pehe, Jiri (1992): Slovak Nationalism Splits Christian Democratic Ranks, in: *RFE/RL Re-*

- search Report, 1. Jg., Nr. 13, vom 27. März, S. 13-16
- Reisch, Alfred A. (1992 a): Transcarpathia's Hungarian Minority and the Autonomy Issue, in: *RFE/RL Research Report*, 1. Jg., Nr. 6, vom 7. Februar, S. 17-23.
- Reisch, Alfred A. (1992 b): Transcarpathia and Its Neighbours, in: *RFE/RL Research Report*, 1. Jg., Nr. 7, vom 14. Februar, S. 43-47
- Renan, Ernest (1947): Qu'est-ce que'une nation? in: *Oeuvres complètes*, tome 1., Paris,
- Rupnik, Jacques (1990): Eisschrank und Fegefeuer. Das Ende des Kommunismus und das Wiedererwachen des Nationalismus, in: *Transit. Europäische Revue*, Heft 1, S. 132-141
- Schieder, Theodor (1991a): Das Problem des Nationalismus in Osteuropa, in: *ders., Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa*, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht), S. 347-359
- Schieder, Theodor (1991b): Die Idee der Nationalstaat und Nationalitätenproblem, ebd. S. 17-37.
- Schieder, Theodor (1991c): Italien und die Probleme des europäischen Nationalstaats im 19. Jahrhundert, ebd. S. 329-346
- Schöpflin, Georg (1974): Rumanian Nationalism, in: *Survey* 20, S. 77-104.
- Senn, Alfred Erich (1959): *The Emergence of Modern Lithuania*, New York
- Simonow, Simon (1990): The Gypsies: A re-emergng minority, in: *RFE/RL - Reports on Eastern Europe*, 1. Jg., Nr. 21, 25. Mai, S. 12-16
- Smith, Anthony D. (1991): *National Identity*, London (Penguin).
- Socor, Vladimir (1992): Why Moldova Does Not Seak Reunification with Romania, in: *RFE/RL Research Report*, 1. Jg., Nr. 5, vom 31. Februar, S. 27-33.
- Spangenberg, Dietrich (Hg.) (1987): *Die blockierte Vergangenheit. Nachdenken über Mitteleuropa*, Berlin
- Staniszki, Jadwiga (1991): Dilemmata der Demokratie in Osteuropa, in: R. Deppe, H. Dubiel, U. Rödel (Hg.), *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*, Frankfurt a.M., S. 326-347.
- Steger, Hanns-Albert, Renate Morell (Hg.) (1987): *Ein Gespenst geht um ...: Mitteleuropa*, München.
- Stöling, Erhard (1985): Religiousness as a Type of Thinking, in: *Sociologia Internationalis* 23, S. 181-205.
- Stöling, Erhard (1991): Grenzziehungen in der Ost-West-Migration, in *PROKLA* 83, Jg. 21, 249-263.
- Subtelny, Orest (1988): *Ukraine. A History*, Toronto (University of Toronto Press)
- Troxel, Luan (1992): Bulgaria's Gypsies: Numerically strong, politically weak, in: *RFE/RL Research Report*, 1. Jg., Nr. 10, vom 6. März, S. 58-61.
- Turczynski, E. (1956): *Konfession und Nation. Zur Frühgeschichte der serbischen und rumänischen Nationbildung*, Düsseldorf
- Vajda, Mihály (1989): Ostmitteleuropas 'Enteuropäisierung', in: F. Herterich, C. Semler (Hg.), *Dazwischen. Ostmitteleuropäische Reflexionen*, Frankfurt a.M., S. 85-92
- Vakar, N.P. (1956): *Belorussia. The Making of a Nation*, Cambridge, Mass.
- Weber, Eugene (1979): *Peasants into Frenchmen. The Modernization of France, 1870-1914*, London (Chartto and Windus)
- Zanga, Louis (1975): Jugoslawische Nationalitätenpolitik am Fall Kosovos, in: *Osteuropa* 25, S. 503-516.
- Zanga, Louis (1992) Albanian-Greek Relations Reach a Low Point, in: *RFE/RL Research Report*, 1. Jg., Nr. 15, vom 10. April, S. 18-21.